

1. Bericht über die Aktion »Freundschaft«

16. Mai 1964

1. Bericht Nr. 393/64 [über die] Aktion »Freundschaft«

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 31070, Bl. 126–137 (7. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke, Schröder, Irmeler, Kienberg, Müller, Ablage.

1. Pläne und Maßnahmen westlicher Zentralen

Die bisher vorliegenden Informationen über Pläne und Vorbereitungen feindlicher Zentralen zur Störung des Deutschlandtreffens ¹ bzw. zu seiner Ausnutzung für feindliche Handlungen bestätigen im Wesentlichen die bereits seit einigen Tagen bekannten gegnerischen Pläne insbesondere für die politisch-ideologische Beeinflussung der Teilnehmer aus der DDR und Westdeutschland und für die Herstellung sogenannter Kontakte mit Jugendlichen der DDR.

Soweit bisher bekannt wurde, interessiert sich das Bundesamt für Verfassungsschutz vor allem dafür, westdeutsche Teilnehmer am Deutschlandtreffen festzustellen und angeknüpfte Kontakte unter Kontrolle zu bringen. Es hat zu diesem Zweck seine Agenten angewiesen, teilnehmende westdeutsche Organisationen und Einzelpersonen, ihren Empfang in Berlin und ihre Unterbringung festzustellen. Außerdem wurde der Auftrag erteilt, westdeutsche Teilnehmer festzustellen, die Kontakte mit Jugendlichen aus der DDR unterhalten bzw. angeknüpft haben. Festgestellt werden sollen auch alle Personen, die Propagandamaterial aus der DDR nach Westdeutschland zu bringen versuchen. Die Beobachtungen sollen sich auch auf solche westdeutsche Jugendliche erstrecken, die im Anschluss an das Deutschlandtreffen Studienreisen durch die DDR unternehmen. Die Agenten des BfV wurden weiterhin angewiesen, alles erreichbare Propagandamaterial der DDR zu sammeln und auf angebotene Kontakte einzugehen, selbst jedoch keine Kontakte zu suchen.

Bei den bisher am häufigsten festgestellten feindlichen Absichten und Vorkommnissen im Sinne einer politisch-ideologischen Einflussnahme auf Jugendliche der DDR handelt es sich insbesondere um Versuche der Kontaktaufnahme mit Jugendlichen, Studenten und mit Angehörigen kirchlicher Kreise, in der Hauptstadt der DDR. Folgende organisatorische Zentren, in denen westdeutsche Jugendliche auf ihren Einsatz während des Deutschlandtreffens im demokratischen Berlin vorbereitet und entsprechend geschult werden, wurden bekannt: Abteilung II des sogenannten Bundeshauses² in Westberlin, Jugendreferat des Presse- und Informationsamtes des Westberliner Senats, »Europahaus«³ Westberlin, »Jugendclub Berlin e.V.«,⁴ »Haus Sonnenland« in Westberlin-Haselhorst. Bei den Schulungen sollen spezielle die DDR betreffende Themen behandelt werden bzw. bereits behandelt worden sein, wie beispielsweise die Frage der Freiheit, Kulturprobleme, Rolle der Staatsgrenze der DDR usw. Die Jugendlichen werden instruiert, allen Diskussionen über Westberlin und Westdeutschland möglichst aus dem Wege zu gehen und die Gespräche auf innere Fragen der DDR zu lenken. Einige Funktionäre der »Jungen Union«⁵ in Westberlin, die für die Schulungen eingesetzt sind, wurden namentlich bekannt.

Es wurde auch bekannt, dass ca. 20 Jugendliche in der Volkshochschule Singen am Bodensee für einen Einsatz im demokratischen Berlin geschult wurden. Darunter befänden sich Mitglieder der »Naturfreunde«,⁶ die offizielle Einladungen der DDR besitzen.

Die Tätigkeit der in Westberlin eingerichteten sogenannten Kontaktstellen⁷ wird von dem RIAS-Kommentator Peter Herz⁸ gelenkt, der sich auch an der Schulung der in den Kontaktstellen eingesetzten Referenten beteiligte. Die sogenannten Kontaktstellen sind ab 15.5. [1964] täglich von 8.00 bis 24.00 Uhr geöffnet und werden vom Senat und den Westberliner Parteien finanziert. Die sogenannten Betreuer in den »Kontaktstellen« erhalten eine Auslösung von 100 DM. Mitarbeiter dieser Stellen sollen u. a. an den Grenzkontrollpunkten aus der Hauptstadt der DDR nach Westberlin zurückkehrende Personen oder nach Westberlin kommende Ausländer ansprechen und mit senatseigenen Fahrzeugen in die sogenannten Kontaktstellen bringen. Dort seien Gespräche und Interviews mit RIAS, SFB usw. vorgesehen. Soweit bisher bekannt wurde, haben die »Falken«,⁹ die »Jungdemokraten«¹⁰ sowie Mitglieder des LSD¹¹ und SDS¹² abgelehnt, in den sogenannten Kontaktstellen mitzuarbeiten.

Ein von Herz geleitetes Sonderstudio des RIAS zum Deutschlandtreffen sendet täglich von 22.00 bis 24.00 Uhr. Die Sendungen am 15.5. [1964] enthielten Hetzmeldungen über die Ankunft von Teilnehmern des Deutschlandtreffens, über die Ausschmückung des demokratischen Berlin und ein Interview mit einem Deserteur der Grenzschutzkräfte der DDR. Weiterhin wurde die Anregung gegeben, dass westdeutsche Bürger im demokratischen Berlin Adressen von Teilnehmern des Deutschlandtreffens aus der DDR sammeln sollen, um mit ihnen in brieflicher Verbindung bleiben zu können.

Der französische Geheimdienst, der Bundesstudentenring und das Westberliner Otto-Suhr-Institut ¹³ haben in Westberlin und Westdeutschland lebende Ausländer aufgefordert, während des Deutschlandtreffens mit ausländischen Studenten in der Hauptstadt der DDR und mit politisch negativ eingestellten Bürgern Verbindung aufzunehmen. Dabei sei die Aufgabe gestellt worden, sowohl ideologischen Einfluss auszuüben als auch Schleusungsaktionen vorzubereiten.

In einer Reihe von Fällen wurde festgestellt, dass Studenten der Westberliner »Freien Universität«, Studenten aus Westdeutschland und Angehörige kirchlicher Kreise versuchten, Kontakte mit gleichen oder ähnlichen Personenkreisen in der Hauptstadt der DDR herzustellen. In einigen Fällen besaßen Westberliner Studenten Empfehlungen, an welche Studenten in der DDR sie sich wenden sollen. Außerdem wurden Versuche festgestellt, mit Studenten bzw. kirchlichen Kreisen aus anderen Bezirken der DDR beispielsweise der Technischen Universität Dresden Treffen im demokratischen Berlin durchzuführen. Bei einzelnen Personen wurden zu diesem Zweck mitgeführte Geschenke festgestellt.

Am 14.5. meldeten sich im Empfangsbüro des Deutschlandtreffens ca. 50 westdeutsche Jugendliche (überwiegend Studenten), die an Foren, Aussprachen usw. teilnehmen wollten, eine ständige Teilnahme am Deutschlandtreffen aber ablehnten. Sie hatten bereits am Bahnhof Friedrichstraße versucht, mit FDJ-Lotsen über solche Themen wie Freiheit, Löhne, Preise und Rolle der Staatsgrenze der DDR zu diskutieren. Aus vorliegenden Originalunterlagen geht erneut die bereits bekannte zielgerichtete Beeinflussung westdeutscher Reisegruppen hervor. Bei einer Sportgruppe aus dem Raum Köln wurden Schreiben des sogenannten Informationszentrums in Westberlin mit der Aufforderung festgestellt, Teilnehmer des Deutschlandtreffens aus der DDR ideologisch zu beeinflussen und die Gespräche im sogenannten Informationszentrum auszuwerten.

Aus Kreisen des LSD wurde bekannt, dass alle LSD-Teilnehmer am Deutschlandtreffen aufgefordert wurden, sich beim Westberliner Referenten des LSD für »gesamtdeutsche Fragen« anzumelden. Ihre Anmeldung beim Empfangsbüro des Deutschlandtreffens solle ohne Nennung ihrer Organisation erfolgen. Weiterhin wurde bekannt, dass sich acht LSD-Mitglieder um Presseausweise bemühten, um nach dem Deutschlandtreffen an einer Fahrt durch die DDR teilnehmen und darüber in der westdeutschen Presse berichten zu können. Von einer Gruppe der DAG-Jugend wurde bekannt, dass ihre Mitglieder die Absicht haben, einzeln das demokratische Berlin aufzusuchen und sich dort Teilnehmerkarten für das Deutschlandtreffen zu beschaffen. Einige von ihnen hätten bereits im vergangenen Jahr an der Ostseewoche teilgenommen.

Es wurde weiterhin bekannt, dass auch Mitglieder revanchistischer Verbände wie der »Deutschen Jugend des Ostens« ¹⁴ im demokratischen Berlin eingesetzt werden sollen. Sie würden beauftragt, sich besonders auf Jugendliche der DDR zu konzentrieren, die aus den sogenannten Ostgebieten stammen.

Aus den bisher vorliegenden Informationen über geplante direkte Störaktionen gehen noch teilweise sehr widersprüchliche Auffassungen über die Möglichkeiten und die Zweckmäßigkeit derartiger Aktionen hervor. So gab es beispielweise im Vorstand des »Ringes Politischer Jugend«¹⁵ noch keine Klarheit darüber, ob anlässlich des Deutschlandtreffens Ballonaktionen gestartet werden sollen. Sogenannte Informationsstellen für westdeutsche und Westberliner Teilnehmer am Deutschlandtreffen bzw. westdeutsche Jugendliche, die im demokratischen Berlin eingesetzt werden sollen, will auch diese Organisation einrichten. Im RPJ-Heim am Kurfürstendamm würden Jugendliche erwartet, die in Westdeutschland (beispielsweise Bergneustadt) geschult wurden. Mitarbeiter der Terrororganisation Girmann¹⁶ planen mehrere Flugblattaktionen. Von mehreren Punkten Westberlins aus sollen Hetzballons gestartet werden. Die Zustimmung der Westberliner Polizei dazu liege vor.

Nach einer anderen Information beabsichtigten führende Westberliner SPD-Kreise, eine Lautsprecheraktion durchzuführen, da sich die Vertreter der Westmächte dagegen ausgesprochen hätten, soll eventuell damit operiert werden, einem Leiter einer Einsatzkolonne eigenmächtiges Handeln zu unterstellen. Es sei davon gesprochen worden, die Rede Walter Ulbrichts auf der Großkundgebung zu stören. Von der »Jungen Union«¹⁷ sei ebenfalls geplant, starke Lautsprecherwagen am Brandenburger Tor, Potsdamer Platz, an der Oberbaumbrücke und in der Bernauer Straße einzusetzen. Außerdem sollen mit Fallschirmraketen Flugblätter verteilt werden. Hetzschriften sollen an Grenzübergängen und auf Schwerpunktbahnhöfen von Mitgliedern der »Jungen Union« in Umlauf gebracht werden. Einer bisher nicht bestätigten Information zufolge habe ein angetrunkenen Westberliner Student (Mitglied der »Jungen Union«) geäußert, dass die DDR von den westdeutschen Teilnehmern am Deutschlandtreffen Überraschungen zu erwarten habe und besonders auf die Schiffe der Weißen Flotte aufpassen müsse.

Ein Westberliner Bereitschaftspolizist habe erklärt, dass während des Deutschlandtreffens Alarmbereitschaft besteht und Stützpunkte im Grenzbereich bezogen würden, um bei »Massendurchbrüchen« entsprechenden »Schutz« geben zu können.

Aus mehreren übereinstimmenden Informationen geht hervor, dass die westdeutschen und Westberliner Grenzkontrollorgane ihre Tätigkeit an den Übergängen an der Staatsgrenze West und in Berlin verstärkt haben. Die Westberliner Polizei habe die Anweisung, ab 15.5. an den Grenzübergängen verstärkt Stichprobenkontrollen durchzuführen, um die Einschleusung von DDR-Propagandamaterial zu verhindern.

Vom westdeutschen Kontrollpunkt Marienborn¹⁸ wurde bekannt, dass Jugendliche, bei denen bei der Kontrolle durch die Westdeutschen [...] ¹⁹Aufenthaltsgenehmigungen für das demokratische Berlin gefunden wurden, ²⁰aufgehalten und besonders über Arbeitsstelle und Beruf verhört wurden. Die Duplikate der Aufenthaltsgenehmigungen wurden dabei abgetrennt und einbehalten. Es sei vom größten Teil der westdeutschen Teilnehmer der Wunsch geäußert worden, nicht über Westberlin, sondern von der Staatsgrenze West aus gleich in das demokratische Berlin kommen zu können.

Bis zum 15.5.1964, 24.00 Uhr, trafen insgesamt 921 westdeutsche Teilnehmer im demokratischen Berlin ein.

2. Lage im Grenzüberschreitenden Verkehr und an den Staatsgrenzen

Der Reiseverkehr an den Kontrollpassierpunkten der Staatsgrenzen der DDR verlief normal. Besondere Vorkommnisse, Stauungen und Wartezeiten traten nicht auf. An der Staatsgrenze Berlin reisten am 15.5. bis 24.00 Uhr 7 083 Westdeutsche und 1 509 Westberliner Bürger mit Einreisepapieren oder Beschäftigtenausweis sowie 1 850 Ausländer ein. Es wurden 1 105 Pkw und 21 Busse gezählt.

Am 15.5. hielten sich in der Zeit von 0.00 bis 24.00 Uhr 17 Fahrzeuge der amerikanischen, vier Fahrzeuge der britischen und zwei Fahrzeuge der französischen Behörden in Westberlin im demokratischen Berlin auf. Ein amerikanisches Fahrzeug befand sich längere Zeit in der Nähe eines Quartierzentrums für die Teilnehmer am Deutschlandtreffen im Bezirk Prenzlauer Berg. Besondere Vorkommnisse wurden nicht gemeldet.

Neben der Verstärkung der Kontrollen an den westlichen Übergängen wies die Lage an der Staatsgrenze am 15.5. keine wesentlichen Veränderungen gegenüber den Vortagen auf. Im Abschnitt Staaken wurden verstärkt Streifen der britischen Militärbehörden festgestellt. Neben der Inbetriebnahme der Hetzleuchtschrift in Rudow und dem Wechsel der Hetzplakate (neuer Text: »Wir sind jung, die Welt ist offen«) kam es in geringer Anzahl zu Kontaktaufnahmeversuchen und zur Aufforderung zur Fahnenflucht durch Westberliner Polizei- und Zollangehörige sowie Zivilpersonen. In zwei Fällen wurde am 15.5. durch US-Armeeangehörige am alten Bahndamm (Nähe des Truppenübungsplatzes Lichterfelde/Süd) je ein Draht zerschnitten.

Am 14.5., 23.45 Uhr wurden zwei DDR-Bürger beim versuchten Grenzdurchbruch nach Westberlin auf dem Reichsbahngelände Bornholmer Straße festgenommen. Am 15.5. wurde der [Name 1, Vorname] beim versuchten Grenzdurchbruch nach Westberlin in der Gartenstraße im Bezirk Mitte festgenommen.

In zwei Fällen (insgesamt vier Personen) hielten sich Teilnehmer am Deutschlandtreffen angeblich aus Unkenntnis bzw. Neugierde unberechtigt im Grenzgebiet auf.

Es wurde bekannt, dass 30 Jugendliche, die in einem Jugendclubheim in der Königsberger Straße ²¹ verkehren, für den 16.5. einen gewaltsamen Grenzdurchbruch nach Westberlin planen sollen. Operative Absicherungsmaßnahmen wurden eingeleitet.

Der politisch-moralische Zustand und die Einsatzbereitschaft der eingesetzten bewaffneten Kräfte können als gut eingeschätzt werden. In den Einheiten gibt es viele Einzel- und Kollektivverpflichtungen zur vorbildlichen Dienstdurchführung sowie Anträge zur Aufnahme in die SED. Unklare und negative Meinungen traten nur vereinzelt auf und äußern sich vorwiegend in Bedenken, dass es an der Grenze zu besonderen Vorkommnissen kommen könne und Berlin nicht der geeignete Ort für das Deutschlandtreffen sei.

An besonderen Vorkommnissen kam es am 14.5. in Boxhagener Straße zu einer Schlägerei zwischen zwei Angehörigen des Nachrichten-Regiments 2, wobei einer der Beteiligten in das Krankenhaus Friedrichshain²² eingeliefert werden musste. Beide NVA-Angehörige befanden sich in stark angetrunkenem Zustand und der Verletzte weigerte sich, zur Unterkunft zurückzukehren.

In einem anderen Fall griff eine Zivilperson in der HOG »Gute Laune« einen NVA-Angehörigen tätlich an, der leichte Verletzungen erlitt. Die Zivilperson konnte ungehindert entkommen. Maßnahmen zu ihrer Ermittlung wurden eingeleitet.

Aus dem Übungsverband der Freiwilligen Feuerwehr, Bezirk Frankfurt/Oder, mussten zwei Teilnehmer am Deutschlandtreffen zurückgeschickt werden, weil sie sich betranken, Verbindungen zu Frauen aufnahmen und gegen den Ehemann einer dieser Frauen tätlich wurden.

Am 15.5. erschienen am KPP Chausseestraße zwei Westberliner Bürger, die gehört haben wollten, dass während des Deutschlandtreffens die Einreise für Westberliner Bürger auf Tagespassierscheine möglich sei. Dazu wurde von einem Westberliner Journalisten bekannt, dass über ein derartiges Gerücht im Westberliner Presseclub²³ gesprochen wurde.

3. Feindtätigkeit auf dem Gebiet der DDR

In den unmittelbaren Vortagen des Deutschlandtreffens gab es noch keine Schwerpunkte oder konzentrierte Formen der Feindtätigkeit, die sich unmittelbar gegen das Deutschlandtreffen richteten. Die bisher festgestellten feindlichen Handlungen (17 Fälle des Abreißens und der Beschädigung von Fahnen und Plakaten, zwei anonyme Anrufe zum Zwecke der Desorganisation) waren noch Einzelercheinungen, bzw. ließen bei Hetzschmierereien (fünf Fälle des Anschmierens von Hakenkreuzen) und Hetzflugblattverbreitung (zwei Fälle) keinen direkten Zusammenhang zum Deutschlandtreffen erkennen. Allein 15 Fahnen wurden von den festgenommenen Jugendlichen [Name 2] und [Name 3] im angetrunkenen Zustand in der Greifswalder Straße abgerissen.

Die anonymen Anrufe erhielten der Parteistützpunkt des Wohngebiets II im Stadtbezirk Friedrichshain (angebliche Reduzierung der benötigten Quartiere) und das Krankenhaus Weißensee (die Teilnehmer aus Frankfurt/Oder kämen bereits am 13.5.). Außerdem wurden zwei gegen das Deutschlandtreffen gerichtete anonyme Hetzbriefe an das Organisationsbüro beim Rat des Stadtbezirks (aufgegeben in Berlin-Karlshorst) gesandt.

Weitere bereits in der Vorbereitungszeit aufgetretene Handlungen gegen das Deutschlandtreffen stellen Diebstähle und Beschädigungen von Zelten auf Campingplätzen dar. In der Nacht zum 13.5. wurden auf dem Campingplatz »Fauler See« ein Viermannzelt gestohlen und acht Zelte beschädigt. Im Pionierpark wurden drei Viermannzelte und 300 m Telefonkabel entwendet und am Märchenbrunnen vier Zelte beschädigt.

Der für das Deutschlandtreffen eingesetzte Lkw Typ S 4000 polizeiliches Kennzeichen ND [Nr.] wurde am 15.5.1964 in der Zeit zwischen 21.15 und 22.15 Uhr auf dem Abstellplatz Josef-Orlopp-Straße von unbekanntem Tätern entwendet (Fahndung eingeleitet).

Im S-Bahnbetriebswerk Friedrichsfelde wurde am 14.5.1964 im Dienstabteil eines S-Bahn-Zuges ein selbstgefertigtes Hetzflugblatt sichergestellt, das gegen Genossen Walter Ulbricht und die Berliner Staatsgrenze gerichtet war. Ebenfalls am 14.5. wurden auf der Bahnstrecke Griebnitzsee – Potsdam 43 Hetzflugblätter mit der Aufforderung zur Untergrundtätigkeit gefunden.

Im Verlauf des 15.5. wurden vereinzelte Hinweise über rowdyhaftes Verhalten von Berliner Jugendlichen bekannt. Drei angetrunkene Jugendliche hetzten in Gegenwart eines NVA-Unteroffiziers gegen das Deutschlandtreffen. In Weißensee rottete sich eine Gruppe von Jugendlichen zusammen, die mit Schlagringen ausgerüstet war und drohte, dass damit Teilnehmer am Deutschlandtreffen angegriffen würden.

Von der evangelischen Kirche wurden verstärkte Anstrengungen unternommen, um Teilnehmer des Deutschlandtreffens zu beeinflussen. Neben einer erweiterten Sichtwerbung werden während der Zeit des Deutschlandtreffens zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt. In einer ganzen Reihe von Kirchen sollen Gespräche mit Angehörigen der »Jungen Gemeinde« stattfinden. Von der katholischen Kirche wurde bereits Anfang Mai empfohlen, während der Tage des Deutschlandtreffens mehr Gottesdienste u. a. Veranstaltungen durchzuführen.

Festnahmen

[Name 4], geboren am [Tag, Monat] 1923 in Rochau, zuletzt tätig als Fahrstuhlführer im VEB Secura, zwei Vorstrafen wegen verbrecherischer Trunkenheit und Staatsverleumdung. [Name 4] hetzte am 14.5. in angetrunkenem Zustand gegen FDJ-Mitglieder und verglich die DDR mit dem Faschismus.

[Name 2, Vorname], geboren [Tag, Monat] 1955 in Berlin, Arbeiter im VEB Zentralviehhof; [Name 3, Vorname], geboren [Tag, Monat] 1944 in Berlin, 1959 Erstzug aus Westberlin, Bauschlosser bei der Firma Fuchs KG Berlin; [Name 5, Vorname], geboren [Tag, Monat] 1934; [Name 6, Vorname], geboren [Tag, Monat] 1919; [Name 7, Vorname], geboren [Tag, Monat] 1935. [Name 5], [Name 6] und [Name 7] beschimpften am 15.5. auf dem Bahnhof Leinefelde eine FDJ-Sekretärin in gemeinster Weise und hetzten gegen das Deutschlandtreffen. Sie befanden sich in angetrunkenem Zustand.

4. Weitere besondere Vorkommnisse

Aus verschiedenen vorliegenden Informationen geht hervor, dass teilweise unter den Studenten der Humboldt-Universität Unzufriedenheit hinsichtlich ihrer Beteiligung am Deutschlandtreffen besteht. Besondere Schwierigkeiten traten bei der Gewinnung von Studenten für den Einsatz beispielsweise als Ordner oder Gesundheitshelfer vor allem im 2. und 3. Studienjahr der Humanmedizin, unter den Studenten der landwirtschaftlichen und der juristischen Fakultät auf. Die Studenten gaben Desinteresse am Deutschlandtreffen an und brachten die verschiedensten persönlichen Gründe für eine Ablehnung des Einsatzes vor. An einer Besprechung über die Teilnahme der Studenten am 15.5. nahmen statt 400 nur 177 teil, und am Ende der Veranstaltung waren nur noch 58 anwesend.

Angeblich in der Absicht, Studenten für den Einsatz zu werben, sprach Prof. Waldeyer, ²⁴ wohnhaft in Westberlin, vor Studenten von einer staatlichen Maßnahme für ihren Einsatz. Er wurde durch Missfallensäußerungen unterbrochen.

Ähnliche Stimmungen der Ablehnung traten unter den Studenten der medizinischen Fakultät der Universität Halle auf. Die Studenten hatten sich bereits in Vorbereitung des Deutschlandtreffens geweigert, Sammlungen durchzuführen. Von 1 000 Angehörigen der medizinischen Fakultät (davon 80 Genossen) konnten nur 15 für eine Teilnahme am Deutschlandtreffen gewonnen werden. An der juristischen Fakultät in Halle wurden ähnliche Erscheinungen bekannt.

Von den insgesamt 110 Sonderzügen sind bis 16.5., 6.00 Uhr, 70 Züge in Berlin eingetroffen. Die Abfahrt und Ankunft der Züge erfolgte ohne wesentliche Vorkommnisse oder Verspätungen. Störungen oder Havarien, die den Reiseverkehr behindern könnten, wurden nur auf der Strecke Brieselang – Nauen bekannt. Ein Stromkabel wurde von einem Greifer zerstört. Am Gleiskörper der gleichen Strecke wurde außerdem ein Schienenbruch festgestellt, sodass teilweise nur mit einer Geschwindigkeit von 10 km/h die Strecke befahren werden konnte.

Durch leichtfertiges Verhalten verletzte sich ein Teilnehmer am Knie während der Fahrt. Er musste aus dem PIU ²⁵ 803 auf dem Bahnhof Waren in ein Krankenhaus überführt werden.

Von der FDJ in Ostberlin organisiertes Treffen Jugendlicher aus beiden deutschen Staaten vom 16. bis 18.5.1964 mit ca. 500 000 Teilnehmern. Es war nach 1950 und 1954 das dritte, von der FDJ veranstaltete Treffen dieser Art. Vgl. Herms, Michael: Zu den Beziehungen zwischen der FDJ und westdeutschen Studentenorganisationen in den sechziger Jahren. In: Hofmann, Jürgen (Hg.): Konflikt, Konfrontation, Kooperation. Deutsch-deutsche Beziehungen in vierzig Jahren Zweistaatlichkeit. Schkeuditz 1998, S. 47–53; Gröschel, Roland: Die Beziehung zwischen dem Deutschen Bundesjugendring DBJR und der Freien Deutschen Jugend FDJ in den 60er Jahren. In: Historische Jugendforschung, N. F. 1(2006), 2004, S. 294–316.

2

Gebäude der ehemaligen Königlich Preußischen Artillerieprüfungskommission in der Westberliner Bundesallee. Seit 1950 als »Bundeshaus« Sitz der Dienststelle des Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin.

3

1926–31 errichtetes Verwaltungsgebäude in der Stresemannstraße, nach Kriegszerstörungen 1959–66 wiederhergestellt, in dessen südlichem, 1960 wiederhergestellten Teil Landsmannschaften ihren Sitz hatten und das vom Bund als Ort zur »nationalen Pflege der ostdeutschen Kultur« eingerichtet wurde; ab 1974 hieß der Gebäudeteil »Deutschlandhaus«.

4

»Berliner Jugendclub e.V. – Stätte der Begegnung«: 1960 gegründeter Verein zur Förderung von Begegnungen von Jugendlichen und für die Durchführung von Veranstaltungen.

5

»Junge Union«. Gemeinsame Jugendorganisation der CDU und der CSU.

6

1926 gegründete eigenständige Kinder- und Jugendorganisation der NaturFreunde Deutschlands e.V.

7

Vgl. Information [371/64](#).

8

Im Original durchgehend: »Peter Hertz«. Hanns-Peter Herz, Jg. 1927, Journalist, 1950–66 beim Sender RIAS Berlin, 1966–73 Senatssprecher.

9

»Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken« (SJD – Die Falken): 1904 gegründeter politischer Kinder- und Jugendverband, der der SPD nahesteht.

10

»Jungdemokraten«: Jugendorganisation der FDP.

11

Im Original: »LDS«. Liberaler Studentenbund Deutschlands (LSD), von 1950–69 der offizielle Hochschulverband der FDP.

12

»SDS«: 1946 gegründeter Studentenverband, der bis 1961 der SPD nahestand. Seit Mitte der 1960er Jahre eine der wichtigsten Organisationen der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik. Zerfiel 1970.

13

»Otto-Suhr-Institut«: 1959 aus der Deutschen Hochschule für Politik hervorgegangenes politikwissenschaftliches Institut der Freien Universität Berlin.

14

»Deutsche Jugend des Ostens«: 1951 gegründete Jugendorganisation der Heimatvertriebenenverbände.

15

»Ring politischer Jugend«: Zusammenschluss parteipolitischer Jugendverbände der Bundesrepublik zur Förderung der politischen Bildung.

16

Detlef Girmann, Jg. 1929, 1950 Flucht nach Westberlin, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen, Jurastudium an der Freien Universität Berlin, engagierte sich seit 1961 bei der Fluchthilfe, vgl. Detjen, Marion: Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961–1989. München 2005, S. 130–133.

17

»Junge Union«: Gemeinsame Jugendorganisation der CDU und der CSU.

18

Zwischen Marienborn in der DDR und Helmstedt in der Bundesrepublik befand sich der Grenzübergang der Autobahn Berlin – Hannover.

19

Nicht zu entziffernde handschriftliche Einfügung.

20

Nicht zu entziffernde handschriftliche Notiz am Rande des Textes.

21

Die Königsberger Straße befindet sich im Westberliner Stadtteil Lichterfelde. Möglicherweise ist hier die Königsseestraße in Grünau gemeint.

22

Im Original: »Friedrichshagen«. In Friedrichshagen befand sich lediglich das kleine katholische St. Antonius-Krankenhaus mit gynäkologischer, chirurgischer und innerer Abteilung sowie der Geburtshilfe. Für die Versorgung von Unfällen aus entfernteren Stadtbezirken war es kaum geeignet.

23

»Presseclub«: Verein von Journalisten zur vertraulichen Kontaktpflege mit Vertretern von Politik und Wirtschaft in Westberlin.

24

Anton Johannes Waldeyer, Jg. 1901, Arzt, 1954–66 Professor für Anatomie an der Humboldt-Universität, seit 1961 dort Dekan der Medizinischen Fakultät, lebte in Westberlin.

25

PIU – ein Personenzugwagen mit Großraum und Mittelgang mit Übergang und 34-poliger Wendezugsteuerleitung.